

Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:
Volkszeitung Wiesbaden.

Wiesbadener Volksblatt

Fernruf in Wiesbaden: Redaktion 8030,
Verlag 836, in Oestrich 6, in Eltville 218.

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, mittags 12 Uhr.
Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstraße 30; Zweig-Expeditionen in Oestrich (Otto Grimmer),
Marktstraße 9 und Eltville (H. Heß), Gde. Gutenberg- und Laumarktstraße. — Ueber 900 eigene Agenturen.

Nr. 297 1915

Regelmäßige Preis-Beilagen:

Wöchentlich einmal: Sonntags-„Religiöses Sonntagsblatt“.
Zweimal jährlich: Sommer- und Winter-Rheinischer Jahres-„Führer“.
Einmal jährlich: Jahrbuch mit Kalender.

Dienstag
21
Dezember

Bezugspreis für das Vierteljahr 1 Mark 50 Pfg., für den Monat 65 Pfg., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 2 Mark 50 Pfg., monatlich 75 Pfg., mit Beleggeld. — Einzelgenpreis: 20 Pfg. für die kleine Zeit.
Für auswärts: Vierteljahr 2 Mark 50 Pfg., Monat 65 Pfg., mit Beleggeld. — Bei Wiederbestellungen wird entsprechender Nachlag zuzüglich.

Chefredakteur: Dr. phil. Franz Giesecke

Verantwortlich: Herr Paulus aus Oestrich; Dr. phil. Giesecke; für den anderen
inhaberlichen Teil: Herr Paulus aus Oestrich; für den anderen Teil: Herr Paulus aus Oestrich.
Dr. phil. Giesecke in Wiesbaden, Oestrich und Oestrich.
Dr. phil. Giesecke in Wiesbaden, Oestrich und Oestrich.

33. Jahrgang.

Türkischer Sieg auf Gallipoli

Papst und Italien

Wenn einst die Friedensstauben Trockenland gefunden und mit dem grünen Ozean für die kriegsführenden Parteien zurückgeführt sind, dann wird es zweifellos nicht an Männern fehlen, die den Nachweis zu erbringen suchen, daß der St. Vater trotz des guten Willens doch nicht vollkommene Neutralität geübt habe. Diese Meinung wird man haben und drüber vernachlässigen können. Erst nach dem Kriege? Nein, es gibt allerwärts Leute, die heute schon den St. Vater in die Diskussion ziehen und in bestimmter Weise Material herbeibringen. Vor längerem ist uns ein vertrauliches Rundschreiben einer in Wahlzeiten gegen das Zentrum sehr tätigen Organisation in die Hände gefallen, und dieses Rundschreiben bedeutet ein sehr entschiedenes Vorurteil zu dem, was in der Zukunft kommen wird. In dieser Organisation hat sich jetzt die Zeitschrift der Kreuzgesellschaft gesammelt, die angeblich „aus Rom auf neutralem Umwege“ erzählt, daß zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung eine stille Vereinbarung über eine Anerkennung des Garatageses getroffen worden sei. Ja, dem Papst wird vorgeworfen, daß er kurz vor Beginn des italienischen Eingreifens die katholische Presse und den Klerus ins nationale Lager abkommandierte. „Es kam — so schreibt die Zeitschrift — zum Handschlag zwischen Vatikan und Oestrich.“ In der Gegenwart vielleicht wird man aus gewissen Gründen den Artikel ignorieren. Aber es ist zweifellos, daß er in den Diskussionen der Zukunft eine erhebliche, für das Papsttum keineswegs günstige Rolle spielen wird. Darum muß man heute schon der Auslassung entgegenstehen.

Die bisherigen Rundgebungen des Papstes liefern den schlüssigen Beweis, daß von einem Einverständnis zwischen dem St. Stuhl und der italienischen Regierung keine Rede sein kann. Mit nicht mißzuverstehenden Worten hat Benedikt XV. seine schwierige Lage im Kriege geschildert. Diese schwierige Lage ist einzig und allein durch Italien herbeigeführt worden. Die italienische Presse hat denn auch sofort die Absicht des Papstes erkannt und mit scharfen Ausdrücken gegen den St. Stuhl polemisiert. Glaubt man im Ernst, daß angesichts dessen eine Einigung vorausgegangen ist? Galt man den Papst für so unklug einseitig mit Italien eine Vereinbarung zu treffen, obwohl doch seine Angelegenheit eine Angelegenheit aller Staaten ist? Auch der St. Vater weiß nur zu gut, daß die Lösung der römischen Frage von der Stellungnahme Deutschlands und Oesterreichs sehr wesentlich abhängt. Hätte er sich vor Eintritt in den Krieg nach der einen Seite gebunden, so ist sicher, daß er nur zu leicht an Sympathien auf der anderen Seite verlieren würde. Vor allem aber ist die Unterstellung einer Vereinbarung deshalb im höchsten Grade unsinnig, weil der Papst in seinem hohen Amte ein solches Schachergeschäft nie mitmachen könnte. Man bedenke die ungeheuerliche Unterstellung: Der Papst, der mit allen Mitteln die Teilnahme Italiens am Kriege verhindern wollte, hat das Blutvergießen und die Verlängerung des Krieges gutgeheißen, nachdem ihm die italienische Regierung eine Anerkennung des Garatageses versprochen hat. Diese Behauptung kann nur von Leuten aufgestellt werden, die mit den Aufgaben des päpstlichen Diktators nicht vertraut sind. Aber die Haltung der katholischen Presse und des katholischen Klerus? Nun man weiß, daß beide sich auch heute noch im großen und ganzen durchaus reserviert verhalten. Als der Krieg proklamiert war, hielten ihnen nichts anderes übrig, als ihre Opposition anzugeben. Würden sie weiter protestiert haben, man hätte wahrlich mit ihnen kurzen Prozeß gemacht. Wir haben bereits früher gehört, daß zahlreiche katholische Geistliche zu Beginn des Krieges verhaftet wurden, weil man sie der Kriegsgewinnlichkeit beschuldigte. Die italienische Freimaurerregierung hätte noch weit rücksichtloser gewartet, wenn die katholische Presse und der katholische Klerus ihre Opposition gegen den Krieg beibehalten hätten.

Aus all dem geht zur Genüge hervor, daß die Behauptung eine glatte Unrichtigkeit ist. Man braucht heute nur die italienischen Regierungsbücher zu verfolgen und man erkennt auf den ersten Blick, daß von einer Vereinbarung keine Rede sein kann. Die römischen Regierungsbücher haben nämlich einen systematischen Kampf gegen Papst Benedikt XV. unternommen. So schreibt ein Blatt: „Zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan herrscht ein gründlicher Streit, eine Prinzipienfrage, eine unüberbrückbare Kluft in der Beurteilung der Stellung des St. Stuhles und seiner Ansprüche gegenüber der Nation. Die Internationalisierung der Garantiese und die Teilnahme des St. Stuhles am künftigen Friedenskongress sind ein Problem, auf das man die Italiener nicht genug aufmerksam machen kann.“ („Vestigia“ vom 8. Dez.) Das sieht wahrlich nicht danach aus, als ob der St. Stuhl mit den Herren Salandra und Sonnino verhandelt hätte. Und schließlich glaubt man denn im Ernst, daß eine solche Einigung zwischen den beiden Faktoren möglich wäre? Die berechtigten Ansprüche des Papstes stehen in denkbar schärfstem Gegensatz zu den unberechtigten Gewalttaten der italienischen Re-

gierung. Wie die Verhältnisse liegen, kann vorläufig an einen Ausgleich gar nicht gedacht werden, abgesehen davon, daß die Trabant des lateinischen Freimaureriums prinzipiell jedes Entgegenkommen ablehnen. Soll die römische Frage gelöst werden, so kann und wird dies nie geschehen durch Italien, auch nicht durch Frankreich, England oder gar Rußland. Die Sicherung des St. Stuhles für die Zukunft hängt einzig und allein von Deutschland und Oesterreich-Ungarn ab. Dies weiß man auch in Italien nur zu genau und die Furcht davor beherrscht die weitesten Kreise. Nur merkwürdig, daß einzelne Leute in Deutschland den ganzen Komplex von Fragen nicht erfassen und aus durchsichtigen Gründen dem St. Vater eine Stellungnahme zuschreiben, die bei näherem Zusehen, ja bei der oberflächlichsten Betrachtung hollus in sich zusammenbricht.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 20. Dez. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Das Feuer unserer Küstenbatterie vertrieb feindliche Monitore, die gestern Nachmittag Westende beschossen. An der Front, neben lebhafter Artillerietätigkeit, mehrere erfolgreiche Sprengungen unserer Truppen. — Eines unserer Flugzeuggeschwader griff den Ort Popperinghe an, in dem zahlreiche Verbindungen des Feindes zusammenliefen. Ein englischer Doppeldecker wurde im Luftkampf bei Brügge abgeschossen; die Insassen sind tot.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Bei den Kämpfen nördlich der Tara sind, wie nachträglich gemeldet wird, drei Gebirgs- und zwei Feldgeschütze erbeutet worden. Gestern fanden bei Rajkovic weitere für die österreicher-ungarischen Truppen günstige Kämpfe statt. Mehrere hundert Gefangene wurden eingebracht. — Von den deutschen und bulgarischen Heeresteilen nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht

Wien, 20. Dez. (W. T. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart, den 20. Dezember 1915:

Russischer Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz:

An der ganzen Front mäßige Artillerietätigkeit, die sich nur im Gheisa-Kesseltal und im Gebiet des Col di Lana zu größerer Heftigkeit steigerte.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Die Truppen des Generals von Kovach erstickten die stark aufgebauten feindlichen Stellungen am Tara-Ante südwestlich von Bielopolje und bei Pjedusa nördlich von Berane. In den Kämpfen an der Tara wurden drei Gebirgskanonen, zwei Feldkanonen und 1200 Gewehre erbeutet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:

v. Giese, Feldmarschallleutnant.

Italienische Transportdampfer versenkt

Der Mailänder „Secolo“ meldet über die Angriffe der österreichischen Flotte in der Adria und sagt, daß sechs Torpedoboots und zwei kleine Kreuzer vor Durazzo erschienen sind und daß italienische Transportdampfer und Segelschiffe versenkt wurden.

Ein Wiener Telegramm des „N. L.“ stellt fest, daß die italienische Meldung, wonach der Transportdampfer „Re Umberto“ auf eine Mine gestoßen sei, unrichtig ist, vielmehr ist der Dampfer von einem österreichisch-ungarischen Unterseekreuzer torpediert worden, trotz italienischer Nachschiffe, die ihn umgaben.

Ein englischer Hilfskreuzer gescheitert

Berlin, 19. Dez. (W. T. B. Nichtamtlich.) Wie wir der Zeitung „Echo“ in Athen vom 27. November entnehmen, ist nach einem Telegramm der griechischen Behörden auf Areta ein griechischer Hilfskreuzer, der zur Verfolgung von U-Booten verwendet wurde, auf eine Klippe geraten. Das Schiff wurde seinem Schicksal überlassen, nachdem englische Kreuzer sich vergeblich bemüht, es flott zu machen.

Auch darauf ist Deutschland gerichtet

Büch, 17. Dez. In den „Jüdischen Nachrichten“ von heute lesen wir: Gegenüber dem in London verfaßten Trude auf Deutschland mit der Trohung, es vonseiten des Bierverbandes nimmere auf einen Dauerkrieg ankommen zu lassen, um das Deutsche Reich, wenn nicht zu besiegen, so doch zu erschöpfen, erfahre ich von kompetenter Stelle: Deutschland ist auch auf einen Dauerkrieg völlig gerüstet. Wirtschaftlich wird es im Frühjahr nur noch härter und noch unabhängiger sein als jetzt und diese Stärke und Unabhängigkeit wird von dort an noch progressiv vorwärtsschreiten, ebenso bei seinen Verbündeten. Dafür wird schon die Weiterentwicklung der Dinge im nahen Orient sorgen. Was die rein militär-technische Seite des Dauerkrieges anbelangt, mag die eine Tatsache den Elser in London etwas abkühlen, daß Sozialisten der gesamte Munitionsbedarf Deutschlands für das ganze Jahr 1916 für und fertig erstellt ist und daß man bereits mit der Munitionsanfertigung für 1917 begonnen hat, wenn es die Feinde wirklich gelassen sollte, den Krieg solange auszudehnen. Uebrigens dürften ihnen hierfür die Kräfte lange vorher verfallen. Vielleicht kann noch die weitere Tatsache das Dauerkriegsfeuer in London etwas dämmen, daß in Deutschland derzeit eine Million Uniformen für die — türkische Armee zum Versand bereit sind und verschiedener andere auch noch.

Die siegreichen Türken

Konstantinopel, 20. Dez. Der Berichtserhalter der Agentur Wolff an den Dardanellen meldet: Seit gestern begannen die türkischen Truppen bei Anaforta und Ari Burnu mit dem allgemeinen Angriff. Unser Artilleriefeuer brachte dem Feind schwere Verluste bei. Die Soldaten, die seit Monaten auf die Offensive warteten, schlugen den Feind vollständig in die Flucht und errichteten bei Ari Burnu das Meer. Die Besatzung ist unermesslich groß. Infolge dichten Nebels gelang es dem Feinde zu entkommen, ohne viel Gefangene zurückzulassen.

Ein anderes vorher eingelaufenes Telegramm besagt:

Konstantinopel, 20. Dez. (W. T. B. Nichtamtlich.) Der Korrespondent der Agentur Wolff an den Dardanellen meldet: Seit gestern wird in allen Abschnitten während gekämpft. Unsere Truppen begannen bei Anaforta und Ari Burnu mit dem allgemeinen Angriff. Der Feind führte, um unsere Angriffe zu erwidern, bei Sedd-ül-Bahr einen Gegenangriff aus, den unsere Truppen unter außerordentlichen Verlusten für den Feind abschlugen. Unsere Truppen nahmen wichtige feindliche Stützpunkte bei Anaforta und Ari Burnu. Unser festes Artilleriefeuer verursachte in den Reihen der Feinde schwere Verluste. Unsere braven Soldaten, die seit Monaten auf diese Offensive warteten, zeigten bei den ungestümen Angriffen gegen die feindlichen Schützengräben bewundernswürdigen Schärfe und Opferwilligkeit. In kurzer Zeit wird es bei Anaforta und Ari Burnu nur noch feindliche Leichen geben.

London, 20. Dez. (Bett. Zeit.) Offiziell wird mitgeteilt, daß alle Truppen aus Suda und Anzac mit Geschützen und Vorräten nach einem anderen Operationsort mit gutem Erfolg gebracht worden sind.

Der längst erwartete Schlag an den Dardanellen ist, wie wir Konstantinopel gemeldet wird, gestern gefallen, weitere wichtige Stöße werden folgen, und bald wird der Versuch, das Tor zum Goldenen Horn zu öffnen, der Geschichte angehören. Wir erinnern uns, wie geheimnisvoll englische und französische Stimmen im Sommer eine neue Aktion an den Dardanellen voraussetzten, eine Aktion, die alle früheren Versuche, nach Konstantinopel zu gelangen, in ihrer Wirkung und ihren Folgen mit bestimmter Zielklarheit übertreffen sollte. Konstantinopel nahm man bei uns und unseren Verbündeten diese Nachricht auf, in Anbetracht der tapferen Abwehr, die deutsche und türkische Truppen sowohl auf der asiatischen wie auf der europäischen Seite der Dardanellen seit Mitte Februar vollbracht hatten. Dennoch wäre vielleicht auch der Überfall in seiner Sicherheit wankend geworden, wenn er gescheit hätte, welcher große Bruchteil der Rittener-Armee an der Sarabai in den ersten Auspostungen ausgehört wurde. Der Plan, die seitherigen von den Türken gehaltenen Stellungen bei Ari Burnu im Rücken zu fassen, war vielversprechend, aber man hatte wieder einmal den Widerstand der Türken unterschätzt, und man hatte im entscheidenden Augenblick keine kampfgewohnten Truppen, sondern neu ausgebildete Einheiten zur Verfügung.

Der große Angriff auf die türkischen Stellungen, die sich auf der Kanndhöhe des Gebirges befanden, wurde von sechs Infanterie- und zwei abgefeuerten Kavallerie-Divisionen ausgeführt, nachdem die Türken die Landung in der ersten Auspostung abgelehnt hatten. Der Angriff hatte zunächst vollen Erfolg, die Engländer erreichten, eine Seitenlinie, die Höhe des Gebirges. „Als hierher und nicht weiter“ lautete der Befehl der Türken. In dem Augenblick, als der Erfolg sicher schien, brachen die Türken aus ihren Gräben vor und warfen die Engländer bis ins Meergebiet wieder zurück. Die noch unberührten Reihen der Engländer konnten keinen Gegenstoß unternehmen, da die Truppen am Verdursten waren. Der wiederholte Versuch am 28. August scheiterte in gleicher Weise. Ueber vier Monate hielten sich die Engländer im Bereich ihrer Schützengräben, ein Erfolg war nicht zu erzielen. Der Kommandierende Jan Hamilton wurde zur Rechenschaftslegung nach England zurückgerufen.

Als Sorge erwartete man in England den Augenblick, in welchem die türkische schwere Artillerie verstärkt würde, da alsdann die Stellungen bei Anaforta für die Engländer unhaltbar werden mußten. Diese Gefahr wurde in dem Augenblick ab, in welchem der Weg nach Konstantinopel für die Mittelmächte offen war. Mit großer Genugtuung vermerken wir in den letzten Wochen die vermehrte Tätigkeit der Türken an den Dardanellen. Im richtigen Augenblick hat der Angriff eingeleitet, dem Feuer der Artillerie folgte ein kräftiger Angriff der türkischen Infanterie, die die Engländer einfach ins Meer jagte. Die unbekannten Güte sind die Türken nimmere los, für die Vertreibung der Engländer und Franzosen von Sedd-ül-Bahr wird in Kürze auch gesorgt werden, womit das Dardanellen-Abenteuer — denn unter keinem anderen Namen wird es in der Geschichte fortleben — endet.

Der Kampf auf dem Balkan

Ein griechisch-französischer Zwischenfall

Konstantinopel, 20. Dez. Wie wohl die griechischen Truppen aus Salonik entfernt worden sind, behalten sie das die Stadt beherrschende Fort Karaburnu besetzt. Die Franzosen äußerten zweimal den Wunsch, ihnen dieses Fort zu übergeben, was die Griechen jedoch ablehnten. Am letzten Freitag näherte sich eine stärkere französische Patrouille Karaburnu. Da auf Anruf die Franzosen nicht stehen blieben, eröffnete das Fort das Feuer, worauf sich die Patrouille fluchtartig zurückzog.

Ein neuer griechischer Protest

Amsterdam, 20. Dez. (B. L. B. Nichtamtlich.) Handelsblatt berichtet aus Athen: Die griechische Regierung hat auf neue Urteile, sich über das Auftreten der Entente-Mächte zu beklagen. Die griechischen Schiffe „Diria“, „Pau-diabell“, „Compagnie“ und „Panhellenique“, die von der griechischen Regierung zur Verfrachtung von amerikanischem Getreide requiriert worden waren, haben zwar, nachdem sie in Ägäer festgehalten worden waren, die Erlaubnis erhalten, Kohlen einzunehmen und ihre Reise fortzusetzen, sind aber am folgenden Tage neuerlich aufgehalten worden. Wegen dieser Verletzung des Völkerrechts und der Handelsfreiheit eines neutralen Staates hat die griechische Regierung energisch protestiert. Die Regierung frage sich, mit welchem Recht die Großmächte den Handel eines kleinen Staates behindern, der bisher nichts anderes als wohlwollende Neutralität gegenüber der Entente an den Tag gelegt hat.

Vom Rückzug auf Saloniki

Amsterdam, 20. Dez. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Bevor die Franzosen Genua verlassen, werden sie die Kasernen und Militärdokumente, wo sich große Mengen Kriegsmaterial befanden, in Brand. Der Rückzug von Genua war sehr schwierig. Die Bulgaren griffen vier Tage lang unter dem Schutze des Nebels an. Verschiedene englische Truppenabteilungen, darunter eine ganze Brigade, wurden von der Hauptmacht abgeschnitten. Man hielt die Division für verloren, doch konnte sie sich wieder zum Zentrum zurückfinden, nachdem sie 19 Stunden herumgeirrt war. Die griechischen Präsidenten bei Genua sind nicht vernichtet worden, um den Rückzug der Franzosen zu ermöglichen.

Befestigung von Chalkidiki

Rom, 20. Dez. (B. L. B. Nichtamtlich.) Die „Tribuna“ berichtet aus Athen: Die Alliierten arbeiten mit äußerster Anstrengung an der Herstellung einer neuen Verteidigungslinie auf der Halbinsel Chalkidiki mit Kassandra als Basis. Große Mengen Kriegsmaterial sind dorthin geschickt worden.

Die griechischen Wahlen

Bern, 20. Dez. (B. L. B. Nichtamtlich.) Mailänder Blätter melden aus Athen: Anscheinend haben die Anhänger Gounaris eine starke Mehrheit erhalten. In Athen und im Piräus haben sie 15 Sitze gewonnen. In Athen und einigen anderen Hauptzentren wurde die Aufforderung der Vernunftpartei zur Stimmhaltung befolgt. Auf dem Lande war die Stimmhaltung nicht groß.

Die Serben in neuen Schwierigkeiten

Mailand, 20. Dez. (B. L. B. Nichtamtlich.) Nach einer Athener Depesche des „Secolo“ vom 18. Dezember stießen die Serben in Albanien auf erste Schwierigkeiten. Es heißt, Essad-Pascha habe sich gegen sie gestellt.

Deutschland und Amerika

New York, 20. Dez. (B. L. B. Nichtamtlich.) Meldung des New Yorker Büros. Der Berliner Korrespondent der „New York Times“ hat einen drastischen Bericht gegeben, der als autorisierte Erklärung aufgefasst werden könne, in dem die deutsche Regierung die Daten der Verschönerung mißbilligt und sagt, daß sie nie irgend eine Tat unterstützt hat, woran Amerika Anstoß nehmen könnte.

Amerika als Waffenslieferant

Sälen, 19. Dez. Nach einer Meldung der „Wünschen Zeitung“ aus Washington wurde im Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf eingebracht, der ein Schlachtschiff verlangt, um die Waffenzufuhr nach Deutschland zu gestatten. Die Stimmung des Publikums gegen die Rhetorik Englands, die Einfuhr von Rindfleisch nach Deutschland verhindern zu wollen, wird zusehends bitterer.

Völlig verpfuscht

London, 19. Dez. Die Wochenzeitung „Nation“ schreibt: Der ganze Balkanfeldzug wurde völlig verpfuscht. Der gesunde Menschenverstand, der anscheinend den Kriegsrat der Verbündeten verließ, als Madensens Marschall sein Schicksal über Serbien warf, scheint ihm jetzt gänzlich abhanden gekommen zu sein. Unser Vorgehen war genau so, wie der Feind es wünschen konnte. Der Artikel tabelt die Verschüttung der Streitkräfte auf diesen Kriegsschauplätzen und verlangt ihre volle Infektion an der Westfront, wo die Entscheidung fallen dürfte.

Der englische Adel im Kriege

Schweizerische Blätter melden aus London: Nach dem englischen Adelsregister sind 800 Peers auf dem Felde der Ehre gefallen. In mehr als 100 Fällen ist dadurch die Erbfolge geändert worden. In einigen Fällen ist der Erbberuf für den gleichen Titel zweimal zu ändern gewesen. Mehrere Titel sind ganz erloschen. Im ganzen waren 10 v. D. der gefallenen Offiziere aus dem Adelsstande.

Die Botschaft Wuanschkais

Seking, 19. Dez. (B. L. B. Nichtamtlich.) Der Erlaß des Präsidenten vom 11. d. Mts. lautet:

Einer Mitteilung des stellvertretenden Parlaments (Sisauan) zufolge, welches zugleich in Vertretung des Bürgerausschusses fungiert, haben sämtliche Mitglieder der genannten Volksvertretung bei ihrer heutigen Versammlung zwecks Prüfung des Wahlresultats einstimmig für die konstitutionelle Monarchie gestimmt. Diese Abstimmung zeigt zur Genüge, daß der Volkswille sich schon längst für die konstitutionelle Monarchie entschieden hat. Es wurde ferner beschlossen, daß alle Gesetze und Verordnungen mit Ausnahme derer, welche mit der neuen Regierungsform nicht im Einklang sind, in Kraft bleiben sollten. In Botschaften und Telegrammen wurde der Präsident der Republik ersucht, die Konstitution annehmen. Da von keiner fälligen Verordnung in allen Teilen des chinesischen Reiches in Gebrauch gewesen sind, so treten sie jetzt wieder in Kraft, während alle weiteren Gesetze betreffend die Präsidentenwahl ipso facto aufgehoben werden. Mit dieser Mitteilung überreicht das Sisauan die erwähnten Botschaften der Bevölkerung. Annahme der Kaiserwürde mit der aufrichtigen Bitte, demgemäß handeln zu wollen.

Ich, der Präsident, bin der Meinung, daß die Souveränität der Republik durch das Volk verkörpert ist. Da jetzt der Bürgerausschuss einstimmig die Einführung der konstitutionellen Monarchie beschlossen hat, so bleibt mir nichts übrig, als dem Volkswillen zu gehorchen. Ich habe die Bitte zur Thronbesteigung aber im höchsten Grade übertraut. Man möge sich doch daran erinnern, daß ich bei Gründung der Republik bereits den Eid abgelegt habe, die Republik mit aller meiner Kraft zu fördern. Wenn ich nun die Kaiserwürde annehme, werde ich da nicht meinen Eid brechen? Für den Bruch dieses Eides gibt es keine Entschuldigung? Zumal ich mein vornehmtes Prinzip gewesen, Land und Volk zu retten. Ich werde mein ganzes Selbst daran setzen, dieses Ziel zu erreichen. Außerdem habe ich in Selbstprüfung erkannt, daß ich nichts Außerordentliches geleistet habe, was mich für die Würde empfiehlt, noch weniger kann ich es als gerechtfertigt ansehen, die großen Grundzüge der Moral und Treue durch diese Handlung zu beeinträchtigen. Ich bin ferner überzeugt, daß die Volksvertreter, welche mein Bestes wollen, mir nicht eine Aufgabe aufzwingen, deren Durchführung mir schwer ist. Ich hoffe, daß das stellvertretende Sisauan (Parlament) alles dies einer sorgfältigen Erwägung und reiflichen Überlegung unterziehen und eine andere fähigere Person zum Monarchen wählen wird. Ich werde unterdessen als Präsident in meiner gegenwärtigen Würde die mir auferlegte Pflicht wie bisher erfüllen und mich bestreben, das gemeinsame Wohl

des Landes in jeder Weise zu fördern. Die Botschaften werden hiermit zurückgegeben.

Im Anschluß an die monarchistische Bewegung wird noch folgender Erlaß des Präsidenten bekanntgegeben: Das stellvertretende Sisauan (Parlament) hat in Vertretung des Volkswillens am 16. d. Mts. wieder die Gründe dargelegt, warum ich nicht zurückweichen darf, dem Rufe des Volkes Folge zu leisten. Daß ich nicht minder Patriotismus besitze als jeder Bürger Chinas, soll vor allem unterstellt werden. Da nun das Volkswort nach einer konstitutionellen Monarchie so dringend ist und so große Hoffnungen auf mich gesetzt werden, so habe ich keine gerechtfertigte Entschuldigung für meine Ablehnung. Daher kann ich mich der Verantwortung nicht entziehen, welche das Volk auf meine Schultern legt. Aber das Leben eines anderen Grundbesitzes bringt wichtige Aufgaben und daraus resultierende Schwierigkeiten mit sich. Infolgedessen sollen wir unsere auferlegte Arbeit nicht allzu überlässig handhaben, um einerseits Gründlichkeit zu erzielen und andererseits Oberflächlichkeit und Unbehändigkeit zu vermeiden. Ich ordne hiermit an, daß sich alle Ministerien und ihnen unterstellten Ämtern zur Beratung über die erforderlichen Vorbereitungen ver sammeln. Dann werden diese Vorbereitungen nach einer Volksversammlung sofort zur Durchführung vorgelegt werden. Die Botschaften werden dem Staatsministerium zur Bewahrung übermittlelt.

Kannibalen

Unter dieser Signatur schreibt Werner Peter Varian in der Wiener „Reichspost“ (Nr. 586):

Wie sich die skandinavische Presse aus absolut zuverlässiger Quelle melden läßt, tagte gleichzeitig mit dem internationalen Kongress in Zimmerwald ein Kongress amerikanischer Kapitalisten in Chicago, der, was ja eigentlich kaum linguistisch zu werden braucht, Mittel und Wege finden sollte, wie man das entsetzliche Blutvergießen in Europa als „Neutraler“ in möglichst noch vorteilhafter Weise für die Interessen des amerikanischen Geldheutels ausbeuten könne.

Die Teilnehmer an diesem Kongress setzten sich fast ausschließlich aus Ritzgüterinfabrikanten zusammen, die auf die Tagesordnung ihrer Beratung die Frage gestellt hatten, wie die Schwierigkeiten in der Herstellung von Munition, die durch den Krieg hervorgerufen worden sind, sich möglichst verringern oder beseitigen ließen. Wie bekannt, wird ja das Munitionswesen in Deutschland hergestellt. Was waren nun also die „neuen Wege“, die der Kongress der amerikanischen Kapitalisten in Chicago zur Debatte seiner Munitionswirtschaft fand? Wie die skandinavische wie auch die amerikanische Presse zu berichten weiß, wurde auf dem Kongress in vollem Ernst die Frage erörtert, ob es nicht möglich sein sollte, die Leichen der auf den europäischen Schlachtfeldern gefallenen Soldaten als Rohstoff mit zur Munitionsfabrikation zu verwenden. Als Begründung für diesen Vorschlag, zu dessen Verwirklichung man ein neues Wort erfinden müßte, führten die Sprecher unter anderem an, daß der Munitionsvorrat der Vereinigten Staaten vorwiegend in etwa 90 Tagen aufgebraucht sein werde, da der Krieg die Nachfrage in so ungeheurer Weise gesteigert habe, daß selbst die Gründung umfangreicher neuer Werke die enormen Anforderungen nicht zu befriedigen vermöge. Würde aber der amerikanische Munitionsvorrat zur Neige gehen, so wäre die Folge davon, daß nicht nur der Krieg ein Ende nähme (?!), sondern es würde infolgedessen auch in diesen Branchen in Amerika plötzlich eine ungeheure Arbeitslosigkeit eintreten. Da es absolut unmöglich ist, so viele Tierleichen herbeizuschaffen, wie wir brauchen, sagte einer der Kongressmitglieder, „so gibt es, um die Produktion aufrecht zu erhalten, nur die angebotene Möglichkeit, sich der Leichen von in Europa gefallenen Soldaten — wie auch selbstverständlich der Verbleibenden — zu bedienen.“

„Ist es denn tatsächlich denkbar“, so fragt ein Chicagoer Blatt, „daß etwas Ähnliches von Niedertracht, Rohheit und Gemeinheit in einem menschlichen Diktum überhaupt entkeimen kann? Außer jenen die Schmeichelei des Volkes ihr Leben auf dem Schlachtfeld opfern. Dann aber wird man sie mit Tierkadavern zusammen waschen und aus ihnen Munition zur Herstellung von neuen Vernichtungswerkzeugen machen. Ein toter, in Munition verwandelter Soldat wird demnach mehr Menschen zu töten imstande sein, als er dies zu Lebzeiten mit Waffen in der Hand imstande war, und — was der springende Punkt der Sache ist — die „neutralen“ amerikanischen Kapitalisten werden überdies noch einen vorzüglichen Extraprofit machen.“

Diese Munitionsgeschichte klingt allerdings etwas stark unglaubhaft. Sie ist jedoch nicht nur deshalb unglaubhaft, sondern auch deshalb, weil sie nach den Erfahrungen, die wir — leider — mit den amerikanischen Kriegslieferanten machen mußten, schließlich nicht einmal unwahrscheinlich ist. Oder schenken Sie nicht halbwegs wackelnden Worten bereits die Friedenspläne, während sie schamlos den Profit aus Europa einstrichen, den Tausende und Wertausende von deutschen Soldaten mit ihrem Leben bezahlt haben?

Deutscher Reichstag

Berlin, 20. Dezember 1916.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die vorbereitenden Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne.

Besteuerung der Kriegsgewinne

Auf Vorschlag des Abg. Baffermann soll an § 1 eine Generalabstufung anschließen, die sich auch auf die vorliegenden Resolutionen erstrecken soll. Die Kommission hat beschlossen, daß die Regierung unverzüglich geeignete Maßnahmen treffe, durch welche die Erhebung einer künftigen Kriegsgewinnsteuer auch bei Einzelpersonen sicher gestellt wird. Eine sozialdemokratische Resolution verlangt die Erhebung eines neuen Wehrbeitrages im Laufe des Steuerjahres 1916/17.

Abg. David (Sos.): Das uns für später in Aussicht gestellte allgemeine Gesetz soll eine Novelle zum Reichsbesitzsteuergesetz sein. Die jetzt vorgeschlagene Besteuerung der juristischen Personen ist eine wertvolle Ergänzung dieses Gesetzes. Die damit verbundene Doppelbesteuerung ist moralisch durchaus berechtigt, denn es handelt sich hier nicht um Arbeitseinkommen, sondern um reines Kapitaleinkommen. Wir schlagen der Regierung die Erhebung eines neuen Wehrbeitrages vor. Wenn eine neue Veranlagung nicht möglich ist, so muß es ohne diese gehen, und wir tragen den Einwendungen Rechnung, indem wir bestimmen, daß Personen, die infolge einer Erhöhung ihres Vermögens oder Einkommens nachgewiesen wird, auf Antrag eine entsprechende Ermäßigung des Betrags zu gewahren ist. Man kann ja, wenn man auf dem Namen Wehrsteuer Anstoß nimmt, statt dessen sagen: Ehrenpflichtbeitrag. Der Krieg macht die reichen Leute noch reicher und die armen Leute noch ärmer, also eine Verschärfung des sozialen Gegensatzes. Dem muß entgegengetreten werden durch die Fortleitung der sozialen Gesetzgebung und die Sozialisierung der Wirtschaft, zum Beispiel durch Einführung von Monopolen. Das Verhängnisvollste wäre die Lösung der Budgetfrage auf dem Wege der indirekten Besteuerung.

Staatssekretär Helfferich: Die Ausführungen des Vorredners gehen weit hinaus über die Materie, die uns heute beschäftigt. Wie das Kriegsgewinnsteuergesetz neben dem Besitzsteuergesetz weiterbestehen kann, wird Sache des neuen Gesetzes sein und braucht und ist nicht zu beschließen. Solange wir unsere Wirtschaft ohne Steuererhöhung führen können, wollen wir von ihnen absehen. Der Reichshaushalt für 1914/15 umfaßt acht Kriegsmomente und hat gleichwohl mit einem Ueberschuß von 220 Millionen abgeschlossen. Ich habe seinerzeit die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen werde, den Etat für 1915/16 zu balancieren, da der Krieg zu Lasten des außerordentlichen Etats geführt wird und wir also keine Deeres- und Marineausgaben des ordentlichen Etats haben. Ich nehme an, daß dieser Etat kein

oder nur ein geringes Defizit aufweisen wird. Daher besteht auch keine Notwendigkeit zu neuen Steuern. Für die Zukunft wird das natürlich anders und mit dem Etat 1916/17 wird dem Reichstage nicht nur das endgültige Gesetz über die Kriegsgewinne zugehen, sondern auch andere Steuerliche. Unsere Finanzpolitik während des Krieges beruht auf der vorsichtigen Erhaltung aller Möglichkeiten und Tatkraften, aber auch auf der Fortdauer, die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes leistungsfähig zu erhalten. Deshalb haben wir von neuen Steuern bisher abgesehen. Wenn es sein muß, werden wir auch in die Tasche greifen. Der Krieg wird uns unter allen Umständen vor ganz kolossalen Steuerlasten stellen. Darauf ist bei uns auch jeder gefaßt, und diese Belastung wird nicht nur auf dem Reich, sondern auch auf Städten und Kommunen liegen. Und eben man sich festsetzt, muß man sich ein genaues Bild von der ganzen Lage machen können. Der Aufbau unseres Staatsoffens ist gesund und soll erhalten bleiben und alles, was auf dem Finanzgebiete geschieht, muß daraufhin angesehen werden. Darum bitte ich um Ablehnung der sozialdemokratischen Resolution.

Abg. Stresemann (natlib.): Der Grundgedanke, die Reichen seien reicher geworden und die Armen noch ärmer, gilt nicht. Es sind große Schwankungen eingetreten und Wertverschiebungen. Gehen Sie nach Hamburg und Bremen und fragen Sie, wie die Leute bestellt sind. Vergessen wir doch auch nicht, es haben Arbeiter Löhne bekommen, weit hinaus über die während der Friedenszeit. Wir werden neue Steuerquellen erschließen müssen. Wir haben auch schon Kriegsteuern in Deutschland. Wir brauchen nur an die Erhöhung der Einkommensteuer in den Bundesstaaten zu denken. Die Kommunen erhöhen selbstverständlich ihre Kommunalsteuern. Wenn man summiert, wie die Kommunen und Einzelstaaten gezwungen sind zu erhöhen, dann können sie diese Summen vergleichen mit dem, was England tut. Es wäre also falsch, zu sagen, Deutschland bringe während des Krieges nichts auf. Der große moralische Sieg bei der Kriegsanleihe war das Vertrauen zu dem Siege und zu einem Fortbestehen. Wäre dieser Glaube nicht gewesen, dann hätten zehn Prozent die Leute nicht veranlaßt, zu zeichnen. (Zustimmung.) Eine gerechte und richtige Einschätzung von Wehrbeiträgen ist jetzt nicht möglich, weil alles flücht. Wie sollen industrielle Anlagen geschätzt werden? Wie soll der Hausbesitzer sein Vermögen einschätzen? Durch die vielen unsicheren Posten würde eine ganz falsche Einschätzung kommen. Wer soll aus dem Felde draußen seine Besitzungen einschätzen können, wo er gar nicht weiß, wie es zu Hause aussieht? Mit der Kriegsgewinnsteuer folgen wir anderen Staaten, auch dem Beispiel neutraler Staaten, wie Dänemark und anderen. Die Kriegsgewinnsteuer soll nun allerdings keine Strafe sein, und ich unterschreibe, was der Staatssekretär gesagt hat: Man nimmt die Steuer vom Gerechten und Ungerechten, aber man kann auch sagen: Der Gerechte muß viel leiden. Es wäre traurig, wenn sich für die Zukunft an den Begriff „Beerbteilungs“ ein Mafel knüpfen würde. Es muß unterschieden werden zwischen dem Erzeuger und dem Zwischenhändler. Vielleicht könnte noch nachträglich ein Verzeichnis dieser Händler aufgestellt werden und das wäre eine gute Grundlage. Wir wenden uns dagegen, daß über 50 Prozent herausgeborgt wird. Wir haben deshalb auch den Antrag auf 75 Prozent Kriegsgewinnsteuer abgelehnt, und wir dürfen auch nicht für die Zukunft jede Erwerbsmöglichkeit abschließen. Die Steuern, die erhoben werden, sind nicht nur keine Strafbauern, sondern sie sind auch eine Art Pflicht dem Reiche gegenüber, und diese Ehrenpflicht muß jeder erfüllen.

Abg. Gotthein (fortsch. Bp.): Meine Freunde werden dem Gesetzentwurf zustimmen, obwohl sie nicht anerkennen, daß in den Bestimmungen für Aktiengesellschaften eine starke Doppelbesteuerung vorliegt. Auch der Erhebung eines neuen Wehrbeitrags sind wir grundsätzlich geneigt, aber wir müssen damit warten, weil ein großer Teil der Besitzten, ebenso ein großer Teil der Steuerbeamten im Feld stehen.

Abg. v. Brodhagen (konf.): Diese Steuern dürfen keinen vermögenskonfiskatorischen Charakter tragen angesichts des Patriotismus, der sich bei den Lehmern der Kriegsanleihe gezeigt hat. Die Resolution Albrecht lehnen wir ab, da wir nicht übersehen können, auf welche Weise jetzt der Wehrbeitrag eingezogen werden könnte. Der Redner bittet um Rücksichtnahme bei der Besteuerung der Einkommensgesellschaften.

Staatssekretär Helfferich verweist auf seine Erklärungen in der Kommission über die Gewinne der Einkommensgesellschaften und sagt Erleichterungen zu.

Abg. Martin (wp.): Die Vorlage ist notwendig und gut.

Abg. Frhr. Seyl zu Herrnsheim (v. r. Bp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. David.

Abg. Schiffer (natlib.) empfiehlt besonders die von der Kommission beschlossene Resolution, wonach unzulässig geeignete Maßnahmen getroffen werden, durch die die Veranlagung und die Erhebung einer künftigen Kriegsgewinnsteuer auch bei Einzelpersonen sichergestellt werden.

Staatssekretär David: Der Grundgedanke des Schifferschen Antrages war durchaus richtig, aber ich muß doch etwas Wasser in den Wein der Begierde gießen. Auf Grund eines solchen Gesetzes würden doch sehr zahlreiche Anzeigen einlaufen, und wenn man denen allen entgegen, so muß doch der geschäftliche Unternehmungsgeist, der sich jetzt in Landwirtschaft und Industrie so glänzend bewährt hat, arg beeinträchtigt werden. Es stellen sich der Durchführung unendliche Schwierigkeiten entgegen. Die Regierung wird sich aber mit der Materie beschäftigen und sehen, ob sie gesetzlich zu fassen ist.

Stellvert. Kriegsminister v. Wandel erklärt, daß die Zahl der unlauteeren Elemente in Handel und Industrie, die man im Auge habe, nur sehr gering sei. Bei der Vergebung von Lieferungen in den ersten Kriegsmomenten mußte man notgedrungen höhere Preise bewilligen, um die Ausrüstung des Heeres zu sichern. Wir sind, je länger der Krieg dauert, den Anforderungen nachgegangen und haben sie mit Erfolg reduziert.

Abg. Gröber (Zentrum): Die Ausführungen des Kriegsministers und des Staatssekretärs eröffnen gerade keine glänzende Perspektive für die Durchführung dieser Resolution. Wir sehen es nicht so außerordentlich schwierig zu sein, Fälle zu finden, in denen so außerordentlich hohe und unangemessene Gewinne gemacht worden sind, daß es angebracht wäre, einen Teil der Gewinne wieder zum allgemeinen Besten zu verwenden. Gewiß wird man nicht alle Heereslieferungen nachprüfen können. Das ist auch in der Resolution durchaus nicht gemeint. Bei gutem Willen wird man auch schon die einzelnen Voraussetzungen für ein Einkommen festlegen können. Nur möchte ich davor warnen, das Kriminalverfahren hier in Anwendung zu bringen, mit dem wir in der ganzen Kriegszeit bei der Volksernährung doch recht schlechte Erfahrungen gemacht haben. Wo soll denn die Fälle, wo durch dieses Lebensmittelmisbrauch ordentlich gefaßt und zur Strafe gebracht worden sind? (Sehr richtig.) Man hört, daß hier und da der Geldarm einbeschrieben ist. Da kommen aber nicht die großen Sünder in Frage: Die jenen ganz wo anders. Wegen der Großhändler, die mit Vorräten zurückhalten, um die Preise in die Höhe zu treiben, ist man nicht vorgegangen. Man sollte auch nicht die Konfiskation als das Ziel eines Strafverfahrens hinstellen. Die Einziehung der Vorräte muß nach wie vor immer eine Nebenstrafe bleiben. Sonst verliert sie ihre ethische Bedeutung als Strafe und sinkt herab zu einer Form, die ein bekannter Schriftsteller bezeichnet als magna latrocinia. Ein anderer, m. E. sehr schwer wiegender Gesichtspunkt liegt darin, daß gerade die größten und widerwärtigsten Ueberschüsse in den ersten Kriegsjahren erzielt sind und zwar in den ersten Monaten des Krieges. Damals lagen die Verhältnisse ganz anders als heute. Damals war die Militärverwaltung genötigt, ohne sich auf eine Untersuchung über die Qualität des an sie herantretenden Lieferanten oder seines Unternehmens einzulassen zu können, einfach alle Vorschläge ohne weiteres anzunehmen und zwar ohne Rücksicht auf den Preis: der Preis spielte damals gar keine Rolle, und man muß, wenn man sich in die Lage der Militärverwaltung hineinversetzt, zugeben, daß das damals in der Tat eine Lebensfrage war, daß es sich vielmehr vor allen Dingen darum handelte, das ungeheure erforderliche Material zu bekommen. Also in jener

Zeit fallen die Hauptauswucherungen hinein. Sollten wir nun ein Strafgesetz machen, daß mit allen seinen Grund- sätzen auf jene Zeit zurückzuwirken würde, so würden damit einfach alle Begriffe des Strafrechts aufhören. (Beifall und Zustimmung.) Redner legt im einzelnen dar, wie die Nachbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches analog auch auf die hier in Frage kommenden Fälle anwendbar sind, und empfiehlt die Annahme der von der Kommission angenommenen Zentrumsresolution auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den, wer sich oder einem Dritten für Verleumdungen Vermögenswerte gewährt oder versprochen läßt, die den üblichen Wert übersteigen und in auf- fallendem Mißverhältnis zur Leistung stehen, zum Erlaß des Scha- dens verpflichtet wird, und zwar mit rückwirkender Kraft auf die seit Kriegsbeginn abgeschlossenen oder erfüllten Rechtsgeschäfte. Im übrigen, so schließt er, wird es Aufgabe des Reichsjustizamtes sein, eine Vorlage anzubereiten, die beim Reichstage gewiß auf eine freundliche Annahme rechnen kann; das Haupthindernis wird der Staatssekretär des Reichsjustizamtes bei sich und seinen Räten zu finden haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.): Was der Staatssekretär gegen unsere Resolution vorträgt, ist geeignet, die großen Massen zu beun- ruhigen. Dieser Krieg steigert die Macht des Großkapitals, ruiniert den Mittelstand und erschwert die wirtschaftliche Lage des arbeitenden Volkes auch noch nach dem Krieg. Dies muß daher entlastet werden, statt neu belastet.

Staatssekretär Delfferrich: Der Vortrager hat an meinen Ausführungen vorbeigeredet; nicht meine, sondern seine Aus- führungen müssen beunruhigen. Die einzige Steuer, die bis jetzt angelündigt ist, ist die Kriegsgewinnsteuer, also eine sehr scharfe Besteuerung, wie sie in dieser Ausdehnung in keinem der Länder, mit denen wir Krieg führen, angelegt ist. Wir können darüber hinaus nicht ohne andere Steuern auskommen, und ich denke, daß der Soldat, der draußen im Schützengraben neben seinem Leutnant den Ansturm der Feinde standhält, nach dem Krieg ebenso entschlossen ist, mit ihm die später kommenden Friedenslasten zu tragen! In eine Belastung der notwendigen Lebensmittel werden wir während des Krieges sicher nicht ein- treten; so klug sind wir selbst, daß wir die Grundlage des Durch- haltens nicht erschüttern. Ich hoffe, daß wie die Schaulern des armen Mannes frei lassen können. Sorgen Sie zu den Sozial- demokraten gewandt! nur dafür, daß das, was wir bringen werden, einem unbefangenen Urteil begegnet.

Das Gesetz wird in zweiter Lesung erledigt.

Die Entschließung des Ausschusses wird angenommen, der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt.

Das Gesetz wird auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die

Kriegsabgabe der Reichsbank

Nach dem Beschluß des Ausschusses fassen dreiviertel des Gewinns der Reichsbank an das Reich. Die Sozialdemokraten beantragen den ganzen Gewinn dem Reich zu überlassen.

Abg. Reil (Soz.) befragt den sozialdemokratischen Antrag. Reichsbankpräsident Dabenein bittet, dem Antrag nicht stattzugeben, weil er zu weit gehe.

Abg. Aue (Frei.) kann nicht für den Antrag stimmen, obwohl er bisher stets für die Übernahme der Reichsbankanteile durch das Reich eingetreten sei.

Abg. Dove (Frei.) tritt der Auffassung entgegen, daß das Kapital fast mühelos erworben sei. Darauf wird das Gesetz in 2. und 3. Lesung angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr.

Tagesordnung: Kleine Anfragen, Kreditvorlage, Familien- unterstützung. Schluß: 6 Uhr.

Zentrum und Ernährungsfragen

Von J. Giedderts, M. d. R.

Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages hat sich auch diesmal den Ernährungsfragen sehr eingehend gewidmet. Zu Hilfe sind ihr gekommen die sehr zahlreichen Anregungen aus dem Lande und die Beratungen mit sachverständigen Partei- freunden vor Beginn der Reichstagsberatungen; wie denn alle Parteien des Reichstages in zahlreichen Anfragen und Vorschlägen den Entschluß und ersten Willen kundgegeben haben, möglichst einheitlich und gemeinsam das schwerste Problem der Er- nährungsfragen lösen zu helfen. Seltener sind im Haushaltsaus- schuß des Reichstages diese an sich so kritischen und reichhaltigen Erprobungsfragen so ruhig und sachlich erörtert worden unter den Parteien, wie diesmal.

Am Schluß der Erzeuger- und Verbraucher- hat die Zentrumsfraktion die Befriedigung von Höchstpreisen für möglichst alle Bedürfnisse des täglichen Lebens gefordert. Dabei hat sie die Frage, ob dies durch das Reich, durch die Einzelstaaten oder durch die Gemein- deverbände geschehen soll, offen gelassen. Die Höchstpreise sollen fest- gesetzt werden für die Erzeuger, für den Großhandel und für den Kleinhandel. Sie verlangt in dieser Richtung auch, daß die Vermitt- lungsgeschäfte, besonders bei der Getreideversorgung, auf die niedrigste zu bemessenden Selbstkosten beschränkt werden sollen. Bekanntlich werden ja heute noch ziemlich hohe Vermittlungsgewinne bezahlt. Einmalige Ueberhörschüsse der Kommunalverbände soll an die Reichskasse für die

Englands Verrat — Deutsche Tat

Roman aus der Zeit des Weltkrieges von M. Hohenhofen.

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Warum ist das geschehen?“

„Er ist ein Spion! Wir dürfen froh sein, daß er nicht

künftiger in unserer Gesellschaft verkehrt.“

„Ich verstehe das nicht. Ist das so schlimm, wenn jemand

für sein Vaterland das Leben einsetzt, wenn er der höchsten

Gefahr trost, um seinem Vaterlande einen Dienst zu erweisen?“

„Du vergißt, daß wir als Gäste weilen. Und es hätte dadurch

leicht ein Schattenschein auf uns fallen können. Dabei ist eben

ein Spion nie ein ehrlicher Mensch.“

„Vater! Ich weiß ja nicht, ob Herr Brandenstein wirklich

ein Spion ist.“

„Wir hat es Lord Beresford erzählt; dieser hat vorher

auch mit dem Offizier der Javans gesprochen und ihn darauf

aufmerksam gemacht, den Entschloßenen am stärksten im Hafen

zu suchen.“

„Lord Beresford!“ Martha Gönghöb dachte sofort an den

Vorfall im maurischen Pavillon im Garten des Hotels, an das

Zufammentreffen zwischen Peter Brandenstein und dem Lord

Beresford. Und dabei hatte sie das Gefühl, als könne nur der

Lord der Verräter Brandenstein gewesen sein.

„Ein Spion steht immer in der Gasse, die er ge-

nieht, aus, um den Gastfreund zu verraten.“

Dieses harte Urteil, daß damit ihr Vater über Peter Branden-

stein fällte, spürte sie, als sollte es ihr selbst gelten. Und Peter

Brandenstein konnte sich nicht verteidigen.

„Aber dafür steht er doch sein Leben ein. Und das tut er

nicht um seiner selbst willen, sondern für sein Vaterland.“

„Weißens arbeiten Spione für Geld.“

„Herr Brandenstein nicht, ganz gewiß nicht. Bedenke doch,

daß er ein Deutscher ist, sogar ein deutscher Offizier. Du weißt

doch auch, wie wir von Serbien verhöhnt und angefallen worden

sind, wie auch Rußland uns nun bedrohen möchte, und daß dabei

Deutschland sofort seine Handtücher zuckerte.“

„Gewiß! Ich weiß auch, daß Deutschland seine Treue ohne

Bedenken mit Blut beweisen würde. Ich will auch gar nicht der

Ankläger des Herrn Brandenstein sein, auch nicht entscheiden,

ob er nun wirklich ein Spion gewesen ist oder nicht. Aber wie

müssen in so gefährlichen Zeiten doppelt vorsichtig sein; es kann

leicht eine Gefahr auch auf uns kommen. Sollte die jetzt immer

drückende Entscheidung auf Krieg fallen, dann können auch uns

schwere Tage bevorstehen. Allerdings hat sich Lord Beresford

bereit erklärt, für mich bürgen zu wollen.“

Wiederum Lord Beresford! Ohne Beweise und Gründe zu

haben, legte Martha Gönghöb doch nur Mißtrauen gegen eine

Hilfe, die von diesem Manne kommen sollte. Sie hatte seinen

Blick damals im maurischen Pavillon nicht vergessen. Er wollte

keine Hilfe, die von diesem Manne ausgehen sollte. Nach einigem

Schweigen erklärte sie:

„Aber wenn die Zeit so gefährlich ist, dann wäre es

doch am besten, Algier sofort zu verlassen. Das könnte in ein paar

Tagen geschehen sein, bis morgen vielleicht schon. Willst du das

nicht?“

„Aber wir wollten doch noch einen Monat hierbleiben!“

„Ich verzichte gerne, Väterchen. Und ich werde froh sein,

wenn wir unsere Heimat wieder sehen. Gehen wir! Ja? Es

fährt ja jeden Tag ein Schiff nach Neapel. Und von dort aus

erreichen wir bald die Heimat. Ich bitte nicht umsonst. Nicht

wahr, Väterchen?“

„Gut! Wenn du es willst, dann können wir morgen bereits

fort.“

„Ja! Das ist das Beste, da wir nicht wissen, was kommen

kann.“

„Sieh dort!“

Graf Gönghöb war mit einemmal neben geblieben und

wies in eine der Straßen, die vom Hafen heraustraten. Da lagen

vor einem Trupp von Javans stolze Regier- und Straßendöbel

her: in dem schillen Geflecht der Stimmen waren einzelne Rufe

zu hören, wie: „Ein Spion!“ „Schlagt ihn tot!“ „Steinigt ihn!“

„Ein Spion!“

Martha Gönghöb empfand in diesem Augenblicke das Ge-

fühl einer namenlosen Angst, daß auf ihrem Herzen wie eine eis-
kalte, schwere Faust lastete. Brandenstein! Wenn er es sein sollte?
Wenn es vergebens gewesen wäre, was sie für ihn getan hatte?
Sie mußte stehen bleiben, um den Jav an sich vorbeiz-
gleiten zu lassen.

Da kamen die Soldaten.

Und in ihrer Mitte, die Hände auf dem Rücken gefesselt,
die Kleider zerrissen, borkhaupt, ging Peter Brandenstein; er war
es also!

Sie hatte ihn nicht mehr retten können! Und wie es Lord
Beresford angedeutet hatte, so war es gekommen. Im Hafen mußte
Peter Brandenstein entdeckt worden sein.

Sein Gesicht sah abschweifend aus; aber er ging aufrecht und
hob trotz der Kopf, trotz der Beschimpfungen, die um ihn her
gingen.

Unser

Wandkalender

für 1916

wird heute der Postauflage
und dem oberen Rheingau
beigelegt.

DER VERLAG.



Invalidenfürsorge abgeliefert werden. Zur Förderung der Er-
zeugung von Nahrungsmitteln hat die Zentrumsfraktion ver-
langt, daß der Landwirtschaft, wie auch den Wirtschaftsverbänden, die
sich mit der Lebensmittelversorgung befassen, in erhöhtem Umfang als
bisher Arbeitskräfte aus der Armee zur Verfügung gestellt werden.
Gedacht ist hier an die große Zahl nur garnison- und arbeitsverwendungs-
fähiger Soldaten, die, soweit sie entbehrlich sind, sobald wie möglich
der Berufsarbeit zugeführt werden sollen. Ferner wird die Förderung
der Einfuhr von Futtermitteln, die Erzeugung und Verwertung neuer
Futtermittelstoffe im Inland, sowie eine gerechte Verteilung der Futter-
mittel nach dem Bedürfnisse verlangt. Die Frage der Beschaffung von
Futtermitteln hat im Ausschuss einen weiten Raum eingenommen, sie
ist von allen Parteien als eine der wichtigsten und bedeutendsten Fragen
angesehen, da naturgemäß von der Menge der Futtermittel die Fleisch-
und Fetterzeugung abhängig ist. Die Regierung hat hier in dem we-
sentlichen Umfang die Mitwirkung angefragt. Neuerdings sollen sogar
Staatsgüter verwendet werden zum Zweck der Futtermittelherstellung,
die zu möglichem Preise an die Landwirtschaft weitergegeben werden, mit
der Verpflichtung, Schweine bis zu einem bestimmten Gewicht zu mästen
und den Kommunalverbänden zum Verkauf zu feilgeboten Preisen
zur Verfügung zu stellen. Zugunsten der Verbraucher verlangt die
Fraktion, einen Teil der den Kriegsermächtigten bewilligten
Unterstützung hat in ihrem Gebiete in Hauswirtschaftsmitteln, Kohlen,
Kaffee usw. zu verabschieden, und zwar zu Preisen, die unter den im freien
Handel gezahlten Preisen bleiben. Dieser Vorschlag beruht auf der
Erwägung, daß die Kaufkraft der Familienunterstützung infolge der
Teuerung erheblich gelitten hat. Es sollen deshalb auch die Gemein-
den, der Staat durch die Lieferung von Lebensmitteln zu billigen
Preisen die Kaufkraft der Unterstützung erhöhen. Weiter verlangt die
Fraktion, daß den Haushaltungen mit dem Jahresverkommen von
2000 Mark Karten verabreicht werden, die zum Zwecke von bestimmten
Mengen und Arten von Fleisch, Fett oder Gemüse bei den Ge-
meinderwerbungen oder von diesen zu bestimmenden Verkaufsstellen
zu ermäßigten Preisen ermäßigen. Der Sinn dieses Vorschlages geht
daraus, daß für die minderbemittelten Bevölkerungsteile Fleischkarten usw.
ausgegeben werden, um wenigstens diesen Kreisen ein wenigstens ein ge-
wisser Quantum von diesen Waren zu sichern, andererseits sie vor Ueber-
preisung durch die zu hohen Preise zu schützen. Die Fleischkarte ist
in diesem Zusammenhang im Haushaltsausschuss sehr lebhaft besprochen
worden. Es gab wohl keine grundsätzliche Gegner der Fleischkarte, wohl
wurden Bedenken geltend gemacht bezüglich der Durchführbarkeit, weil
Schwierigkeiten beim Festsetzen der Preise zu erwarten seien. Diese
Bedenken, wenn die Verhältnisse dazu drängen. Alle Anzeichen geben
jedoch dahin, daß die gegenwärtigen Verordnungen für Fleisch und
Fett nicht ausreichen.

Bezüglich der Kartoffelfrage wurden von der Fraktion vor-
bereite Vorschläge durch die inzwischen erlassenen Bundesratsver-
ordnungen überholt. Verlangt wurde noch seitens der Fraktion, daß die
Preise für die Trockenkartoffelprodukte so zu stellen sind, daß sie keine
verunsichernde Wirkung auf die Kartoffelmarkt ausüben. Ferner, daß die
Reichskartoffelstelle in Erwägung ziehen soll, ob nicht in den we-
sentlichen Gebieten ein Austausch zwischen Futter- und Speisekartoffeln
stattfinden kann. Die Sache ist so gedacht, da in weentlichen Gebieten
auch die Futterkartoffel sich besser für die menschliche Ernährung eignen,
wie manche Kartoffel des Ostens; andererseits ist anzunehmen, daß die
Landwirte im Westen jetzt im Krieg größere Mengen von Futterkartoffeln
zu Futterzwecken aus verhältnismäßig Gründen zurückhalten; hier könnte

ein Austausch stattfinden, indem, selbstverständlich unter Erhaltung der
Unterschiede, die Futterkartoffeln gegen Speisekartoffeln ausgetauscht werden.
Auch diese Maßnahme wird wesentlich nur in Frage kommen, wenn
andauernde Schwierigkeiten auf dem Kartoffelmarkt entstehen. Nicht
bemerktenswert ist eine Nachweisung der Reichskartoffelstelle über die
Bezüge der Speisekartoffeln seitens der weentlichen Industrie in
den Monaten Oktober und November. Nach dieser Zusammenstellung
erhielten:

	Waggonladungen 1914	Kartoffeln 1915
Baden	627	524
Barmen	972	1026
Böckum	1393	1330
Köln	1956	3016
Krefeld	79	548
Leipzig	475	640
Münster	803	1382
Regensburg	1521	1865
Schlesien	567	907
Stettin	2624	3128
Frankfurt a. M.	577	891
Gelsenkirchen	1714	1929
Darmstadt	558	1035
Witten, Ruhr	1990	3125
Oberhausen	584	782
Essen	719	634

Die Verteilung soll nach den Mitteilungen des Eisenbahnamts
noch verhältnismäßig schnell gegangen sein, trotz der weiten Entfernung.
Zum Teil geschah die Verteilung mittels Elzug. Außer diesen Waggon-
ladungen sind erhebliche Mengen in Form von Stacks in den meisten
Städten angekommen. Die Reichskartoffelstelle versucht auf Grund dieser
Statistik den Nachweis, daß im Westen eine Kartoffelnot nicht mehr
bedenken können. Es wird hiernach der Auffassung bedürfen, wo diese
Kartoffeln geblieben sind, da auch jetzt noch Klagen über Kartoffel-
mangel bestehen. Jedenfalls ist es Pflicht der einzelnen Gemeinde-
verwaltungen, dies festzustellen. Die Kartoffelfrage gehörte mit zu
den, die die lebhaftesten Beschwerden gegen die Regierung auslösten,
und zwar mit vollem Recht. Wenn auch anerkannt werden muß,
daß schließlich durch die Reichskartoffelstelle erhebliche Mengen zum
Verkauf gebracht sind, so ist andererseits nicht zu übersehen, daß diese
ganzem Maßnahmen zu spät getroffen wurden, und vor allem nicht
genügend vorbereitet waren, trotzdem in den früheren Beratungen der
Reichstags und auch des Preussischen Abgeordnetenhauses sehr energisch
auf die Schwierigkeiten bei der Kartoffelversorgung hingewiesen wurde.
Schließlich muß auch hier abgewartet werden, welche Wirkungen die
neueren Maßnahmen der Regierung haben.

Weiter hat die Zentrumsfraktion in der Futter- und Eier-
frage verlangt, daß in Ost- und Westpreußen die Bezüge von
Futter zu anderen Speizen umfänglich eingeschränkt wird, und daß für
den zu erwartenden Mangel an Getreide (in den Monaten Januar und
Februar) Vorräte getroffen wird, daß wenigstens für Kranke und Kin-
der bestimmte Mengen zur Verfügung gehalten werden. Die Futter-
frage stand ja unter dem Eindruck der gerade in allen Großstädten auf-
tretenden Schwierigkeiten sowohl bezüglich der Preisbildung, wie auch
der Versorgung überhaupt. Man wird hier auch an einer Verbrauchs-
regulierung mittels Karten in größerem Umfang als bisher nicht vor-
behalten können. Schließlich führte auch die Frage der Fleischlieferung
der kleinen Rädien durch die Kriegsgesetzgebung zu einem
lebhaften Meinungsaustrag. Der Haushaltsausschuss hat hier
den Vorschlag gemacht, daß die Kriegsgesetzgebung die kleinen
Wägen in größerem Umfang beschäftigen soll, unter der Voraus-
setzung, daß dadurch eine Verringerung des Preises nicht eintritt.

Es darf nunmehr wohl die Hoffnung ausgesprochen werden,
daß sich die Schwierigkeiten, die wir bei den Ernährungsfragen
erleben müssen, schneller und entschiedener als bisher beseitigen
lassen werden. Wenn die Regierung in der vom Haushaltsausschuss
bezeichneten Richtung ihre Pflicht und Schuldigkeit tut, dann
wird auch diese gelingen. Dabei muß als ganz selbstver-
ständlich vorausgesetzt werden, daß alle Volkskreise an der Durch-
führung der Regierungsmassnahmen opferfreudig mitarbeiten. Auch
hier hat es bisher vielfach gefehlt. Wenn jede Bundesratsver-
ordnung gleich bei ihrem Erscheinen einen Sturm von Beschwer-
den angeht, beschuldigt Interessenten hervorzuheben, wenn diese
Interessenten alle Kräfte und Mittel anwenden, um die
Wirkung der Bundesratsverordnung aufzuheben oder zu umgehen,
dann sind die schärfsten Maßnahmen angebracht. In dieser Auf-
fassung waren alle Parteien des Reichstages vollkommen einig.
Kann Deutschland der weiteren Kriegsentwickelung, soweit die
Ernährungsfragen in Betracht kommen, ruhig entgegen sehen,
so ist andererseits notwendig, daß die Initiative und der feste Wille
zur Ueberwindung der zweifellos vorhandenen organisatorischen
Schwierigkeiten in der Regelung des Verbrauchs nicht erlahmen.

Kleine politische Nachrichten

Die Krise in der Sozialdemokratie

Berlin, 21. Dez. Wie der „Vorwärts“ aus der sozial-
demokratischen Fraktion mitteilt, habe Genosse Haase am
Schluß der gestrigen Fraktionsversammlung sein Amt als Prä-
sident vorübergehend niedergelegt. Bereits am 4. Au-
gust habe er einen dahingehenden Beschluß der Fraktion be-
kanntgegeben, sei aber auf deren dringendes Verlangen aber-
mals im Amt geblieben. Selbstverständlich behalte Genosse
Haase sein Amt als Vorsitzender der Partei.

Die die „Berliner Morgenpost“ führt, hat in der gestrigen
Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine An-
zahl von Mitgliedern der Minderheit angekündigt, daß sie bei
der heutigen Abstimmung über die Kriegskredite die
Forderung ablehnen und ihre Abstimmung durch
eine Erklärung begründen werden. Damit würde die

Aber den Grafen Gönghöb und Martha hatte er nicht
bemerkt.

Diese hatte sich an dem Arm des Vaters festgeklammert;
und mit leiser Stimme fragte sie angstvoll:

„Was wird mit ihm geschehen?“

„Ich weiß es nicht! Ich fürchte, daß er erschossen werden

wird, wenn es zutreffen sollte, daß ein Krieg ausbrechen wird.“

„Erschossen? Und — und kann ihn denn niemand retten?“

„Nein! Mit dem Tage einer Kriegserklärung gelten nur

Kriegsgesetze.“

Ein furchtbares Bos!

„Fort — nur fort!“ drängte sie, schauernd vor dem, was

sie sah und vor dem Schlimmen, das sie ahnte.

7. Kapitel.

Den Hafen hatte Peter Brandenstein erreicht; aber an der
einzelnen Dafenbläse standen schon Wachposten, die von allen
die Auswärtigen kontrollierten, die ein Schiff aufsuchten. Was
aber die Aufmerksamkeit Peter Brandenstein am meisten erregte,
das war der gesteigerte Verkehr drüben im Kriegshafen. Dort
rücken die Kolosse mehrerer Kriegsschiffe, während gewaltige
Truppenzüge auf der Rolle bereitstanden, um in große Trans-
portdampfer eingeschifft zu werden.

Krieg!

So begann er. Die Franzosen also gedachten wiederum, an
ihre afrikanischen Hilfstruppen gegen die Deutschen zu verwenden.
Glaubten sie wirklich, mit diesen gegen ein geschultes, vor-
trefflich ausgebildetes Heer siegen zu können?

Nach wußte er weiter nichts, als daß Krieg war. Gegen Ruß-
land und Frankreich? Wie aber würde dann Englands Entscheidung
fallen?

Dann erst würde seine Kraft erfordert werden.

Und er dachte mit einem Gefühl heftiger Freude an sein
kleines, schwarzes Schiff, an seine fähigsten „Jäger“, die er
schon so oft über und unter dem Wasser besichtigt hatte.

Das Vaterland mußte ihn haben!

Er war in die Rube vorgeraten, wo sich die Sten-
ge zu den italienischen Dampfern befanden; aber dort standen auch
die Kontrollbeamten.

Tief jedoch konnten nur vor dem Namen Peter Branden-
stein gewarnt sein.

Er aber hatte auch noch den Tag über seinen weichen
Namen bei sich; dieser war sicherlich fremd; auch hatte derselbe
einen Klang, der ebenförmig holländisch sein konnte. Damit mußte
er also das Spiel zu gewinnen zu versuchen.

(Fortsetzung folgt.)

schon lange bestehende latente Spaltung der Fraktion auch nach außen hin vollzogen sein.

Tumulten im rumänischen Parlament

Bukarest, 18. Dez. Bei der gestrigen Kammerdebatte über die Presse wurde der 80-jährige Peter Carp fortwährend durch Anführer der Anhängerschaft unterbrochen. Peter Carp wies standhaft alle Angriffe der Russophilen ab, was für diese die Veranlassung zu noch größeren Tumulten war. Darauf stand Peter Carp auf, trat zu der Gruppe, wo am heftigsten geschrien wurde und sagte zu Jonecu, in dessen unmittelbarer Nähe er sich befand: Wissen Sie, was Sie sind, eine Kanaille. Jonecu erbleichte und ächzte röhrend: Ich germalme Sie. Es entstand hierauf ein wilder Lärm und die Sitzung mußte infolge der tumultuarischen Szenen geschlossen werden.

Kirchliches

Niederselters, 18. Dez. Es sind kaum sechs Wochen her, daß die Gloden unserer schönen neuen Kirche festlich zum silbernen Pfarrjubiläum des hochwürdigen Herrn Dekans Spangemacher klangten, da kündigte sie in mehrmaliger Tone seinen eben, nachmittags um etwa 4 Uhr, erfolgten Tod an. Eine leichte Lungenentzündung verzeigte rasch die in den letzten Jahren durch eine schwere Lungenentzündung und Gassensteinleiden geschwächten Kräfte des Geistes und entriß ihn seiner Pfarrgemeinde, die ihm kurz zuvor noch Beweise ihrer dankbaren Verehrung beim Abschluß seiner 25-jährigen Wirkenszeit in ihrer Mitte gegeben hatte. Der Verstorbene war am 14. August 1843 zu Raesfeld im Bistum Münster aus einer sehr geachteten Familie geboren, die durch ganze Geschlechter hindurch dem Orte seine Lehrer gegeben hatte, und stand somit im 73. Lebensjahre. Mit Rücksicht auf den im Bistum Limburg damals herrschenden Priestermangel entschloß er sich diesem Bistum seine Dienste zu widmen und trat deshalb im Herbst 1867 in das von dem Limburger Theologen damals besuchte Priesterseminar von Mainz ein, von wo er im Frühjahr 1869 in das Seminar von Limburg übersiedelte. Im August desselben Jahres von dem Bismarckbischöf Peter Joseph zum Priester geweiht, wirkte er fast ein Jahr lang als Kaplan in Friedhofen, dann sechs Jahre lang in Söckel, ferner vier Jahre lang erst als Pfarrverwalter und dann als Pfarrer in Offheim und seit dem 1. November 1890 als Pfarrer hier. Nachdem er im Jahre 1891 Definitur des Landkapitels Jöhlein geworden war, bekleidete er in demselben Landkapitel seit dem 1. Mai 1901 das Amt eines Dekans. In Söckel hat sich der Verbliebene, welcher sechs Jahre lang nach dem im Herbst 1877 erfolgten Tode des Pfarrers Schmidt dort der einzige Priester und infolge der Kulturkampfgehe eine Zeit lang „geperrt“ war, so daß die Katholiken von Söckel den Gottesdienst in dem nahen Nied befanden mußten, um die Seelsorge und besonders um den Gessellenverein, dem er zu einem eigenen Hause verhalf, wohl verdient gemacht und die Gründung der bei dem raschen Wachstum der Bevölkerung dringend notwendigen Primarerschule veranlaßt. In Offheim setzte er beim Abzug den Bau des neuen Pfarrhauses durch, und hier erhält unsere neue, kunstvolle Kirche, für deren Bau er Jahre lang die Mittel angeammelt, auf lange Zeit sein Andenken. Möge ihm Gott, was er für dessen Ehre durch Wandel, Wirken und Leiden geleistet, reichlich vergelten! R. i. p.

Auszug aus den aml. Verlustlisten Nr. 407 und 408

Infanterie-Regiment Nr. 49.
Soffenheimer, Johann (Eppenhain) nicht vermißt, sond. v. v. — Beder, Karl (Wiesbaden) nicht vermißt, sond. v. v.

Infanterie-Regiment Nr. 83.
Pfaff, Heinrich (Ransbach) bish. v. v., gestorben.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 83.
Dohmann, Jakob (Rödelshaus) l. v.

Infanterie-Regiment Nr. 173.
Grundel, Adam (Niederrad) l. v.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 223.
Gruber, Willi (Wiesbaden) bish. v. v., in Gefg. — Klein, Hub. (Wiesbaden) bish. v. v., in Gefg.

Jäger-Regiment zu Pferde Nr. 5.
Dorn, Rudolf (Limburg) bish. v. v., in Gefg. — Dieb, Jakob (Gallenstein) bish. v. v., in Gefg. — Wehl, Josef (Dallheim) bish. v. v., in Gefg. — Weber, Wilhelm (Rüdesheim) bish. v. v., in Gefg.

Pionier-Regiment Nr. 25.
Bittler, Josef (Wiesbaden) l. v.

2. Garde-Reserve-Regiment.
Mitt. Robert Schneider (Rüdesheim) gefallen.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 80.
Bischoff, Willi (Hornborn) l. v. — Cho, Jakob (Rüdesheim) bish. v. v., gefallen. — Bühler, Philipp (Hahn) bish. v. v., in Gefg.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 208.
Brühl, Peter (Wiesbaden) l. v. — Stahlhoffer, Joh. (Wad Ems) l. v. — Wagner, Emil (Altenhies) l. v. — Böhl, Willi (Rödelshaus) l. v. — Emmerich, Karl (Wiesbaden) l. v. — Rastbach, Gregor (Wiesbaden) l. v. — Lehmann, Alfred (Wiesbaden) l. v.

Pionier-Kompagnie Nr. 241.
Mitt. Johann Schröder (Schierstein) bish. v. v., in Gefg.

Auszeichnungen

Mit dem Eisernen Kreuz wurden ausgezeichnet:
Feldunterarzt Adam M. Prossitter (Wiesbaden).
Gefreiter Alfred Korzilius (Wiesbaden).
Gefreiter Adolf W. Endlein (Wiesbaden).
Bediener Friedrich Strauß (Wiesbaden).
Gefreiter Lehrer Rehl (Sindorfen).
Leutnant Schulz (Rüdesheim).

Aus aller Welt

Mainz, 20. Dez. Auf das Preisgeld für die Erlangung von Entwürfen für ein Wahrzeichen in der Stadt Mainz sind 70 Entwürfe und eine größere Anzahl von Modellen eingeleitet worden.

Ebernburg bei Krenach, 19. Dez. Als ein Jäger im Laufe der letzten Woche sein hier in der Wäld liegendes Revier besuchte, gab sein Hund Standlaut. Der Jäger nahm an, daß vielleicht verirrte Wildschweine sich im Walde herumtreiben würden und ging auf die Stelle, die der Hund anzeigte, zu. Doch trat er plötzlich zwei Rüßen an, die ihm die Arme, um Gnade flehend, entgegenstreckten. Die beiden hatten sich aus dem Gefangenlager in Worms entsetzt, um die Heimat aufzusuchen. Sie befanden sich bereits seit 14 Monaten in deutscher Gefangenschaft und hatten sich wohlgefühlt, doch das Heimweh hatte sie zur Flucht veranlaßt. Jeder hatte einen Sack mit Brotkrumen, die sie wohl im Gefangenlager gesammelt hatten.

St. Leon, 19. Dez. (Warmes Frühstück für Kinder der Volksschule wird hier an 800 Schüler und Schülerinnen verteilt. Bei der Knappheit von Milch erhalten die Kinder Magermilch, in welcher etwas aufgelöst wird, und dazu ein Stück Brot.

Reunfischen, 20. Dez. (Aus dem Jug. gest.) Aus einem D-Flug Frankfurt-Mosel flüchte gestern Abend etwa 810 Uhr ein Reisender, welcher auf der Strecke liegen blieb. Er wurde als der Nachtmeister 2003, 61. Artillerie-Regiment Tarnstadt, erkannt, welcher auf Urlaub war, und zur Front zurückkehren wollte. Wahrscheinlich hat er den Waldraum aufsuchen wollen und irrtümlicherweise die Wagengasse geöffnet.

Eisen. Die von der Stadt beschlossene Einführung von Rikhsarten sollte den Jued haben, nur denjenigen Rikhs zu sichern, die solcher unbedingt bedürfen. Wie in der letzten Stadtverordnetenversammlung von der Verwaltung mitgeteilt wurde, hat

es sich aber gezeigt, daß ein großer Teil der Bürgerschaft kein Verständnis für die Sicherung der Volksernährung besitzt. Bei der Benutzung von Rikhsarten seien unerhörte Missetatungen worden. Ein Ehepaar, das früher ein Alter Rikhs kaufte, beantragte jetzt auf Grund eines ärztlichen Attestes zwei Alter Rikhs. Für die ganze Stadt seien ungefähr 31 000 Rikhs ausgestellt worden, während die Verwaltung nur mit 5000 Rikhs auszukommen habe. Es sei sogar vorgekommen, daß Rikhs nicht gekauft hätten, ganz gesunde Leute täglich drei Alter Rikhs zu verschreiben. Die Verwaltung beschuldigt, diese Rikhs zur Verantwortung zu ziehen. Stadtk. Sanitätsrat Dr. Gummert erklärte, daß ein solches Vorgehen gegen die Rikhs sicher auch der Wunsch der Kerkverbreitung sei.

Berlin, 17. Dez. In der Schlossstraße zu Steglitz spielte sich eine Familiendrama ab. Der Apotheker Kunze lag mit seiner Frau in Eile, der Sühnetermin war ergebnislos verlaufen. Als heute Kunze die Vorladung zur gerichtlichen Verhandlung erhielt, gab er auf die in dem Zimmer weilende Frau drei Revolverkugeln ab. Zwei Kugeln trafen am Oberarm und Schlüsselbein, die dritte durchbohrte die Lunge. Die Frau konnte noch bis in die Wohnung des Portiers flüchten; hier brach sie zusammen. Kunze hatte, als die Polizei in die Wohnung einbrach, bereits Selbstmord begangen. Die Frau befindet sich im Krankenhaus. Das Ehepaar hatte drei Kinder.

Berlin, 20. Dez. Alle Blätter stellen fest, daß der gestrige goldene Sonntag einen außerordentlich starken Verkehr zeitigte und die Geschäftsleute solche Einnahmen erzielten, die denen des Friedens kaum nachstehen dürften.

Stargard, 19. Dez. Die Strafkammer verurteilte den Schmiedemeister Kefowski in Dirschau wegen Verbreitung falscher Gerüchte über das deutsche Heer und seiner Führer zu sechs Wochen Haft.

Paris, 15. Dez. In der Millionenstadt Paris wurden in der abgelaufenen Woche 430 Geburten verzeichnet. Dagegen meldet man 964 Sterbefälle. Dieser Prozentsatz verbleibt sich fast nicht mehr — das sterbende Frankreich!

Neuyork, 18. Dez. Gestern ist im Northriver plötzlich ein Leichter, von dem 333 Pferde von einem Dampfer verladen wurden, gesunken. Die Pferde sind ertrunken. Die Polizei hat eine Untersuchung angestellt. Das Leichter ist an demselben Ankerplatz gesunken, bei dem kürzlich ein Schiff mit Zucker durch eine Bombe in Brand gesteckt worden war.

Rom. (Stallentische Kirchen als Getreidespeicher) Mit einer Inschrift an den „Mittino“ hervorgehoben, werden in Rom die Kirchen als Kornspeicher verwendet, da in Italien 20 000 Doppelcentner für das Heer bestimmtes Getreide durch Selbstentzündung gefährdet seien.

London, 17. Dez. Bei Southfields ereignete sich heute früh ein Eisenbahnunfall. Ein leerer Zug stieß mit einer Lokomotive und einem Personenzug zusammen. Es brach Feuer aus. Es wurden fünf Personen getötet und 50 verletzt.

Aus der Provinz

Erbenheim, 20. Dez. Verhaftet wurde hier der Tagelöhner Robert C. wegen fälschlicher Verhaftungen.

Schierstein, 20. Dez. Nach fünf Wochen ist in Kerkert die Leiche des am 11. November im Rheine ertrunkenen Fischers Adolf Schröder gefunden worden. Heute fand daher bei harter Beteiligung die Beerdigung des alten Fischers statt.

Rüdesheim, 20. Dez. Dem Rgl. Rangiermeister Heinrich Kilian wurde für 25-jährige einwandfreie Dienstzeit das vom Kaiser gestiftete Erinnerungszeichen in Silber verliehen.

Oberlahnstein, 20. Dez. Der Robt kaufte das neben seiner Brauerei gelegene Haus des Herrn Duden zu 12 000 Mark und Herr Duden erwirb das Haus des Herrn Zimmermann Ruderer am Kirchhof zu 14 000 Mark.

Hochheim, 20. Dez. Jüdischen Koffer und Hochheim wurde gestern Abend der nach Frankfurt fahrende Güterzug mit Steinen beworfen. Die Schreine eines Abteils gingen in Trümmer, Reisende wurden nicht verletzt. Wie es heißt, kommen Schulbuben als Täter in Frage.

Weilbach, 19. Dez. Wir erhalten folgende Zuschrift: Anstelle der ungünstigen Bürgermeistereiwahl fand gestern Neuwahl statt. Von 10 Anwesenden wurden 17 Stimmen abgegeben. Einer wählte nämlich zweimal, einmal als Beigeordneter und einmal als Gemeindevorsteher, was jedenfalls eine Neuerung darstellt. Der seitherige Bürgermeister Alldorf wurde wiedergewählt.

Frankfurt a. M., 20. Dez. Der Polizei-Präsident hat die Feierabendstunden für die beiden Weihnachtsfeiertage und den Neujahrstag auf 1 Uhr, für die Silvesterfeier auf 2 Uhr festgelegt.

Dillenburg, 20. Dez. (Meisterkursus.) In den Monaten Januar bis März wird hier ein Vorbereitungskursus für die theoretische Meisterprüfung stattfinden. — Zu dem Kursus werden auch Frauen und Töchter von Handwerkern und Gewerbetreibenden, vor allem zur Erlernung der gewerblichen Buchführung, zugelassen.

Weinbau

Rüdesheim b. Bingen, 20. Dez. Der Winzerverein verkaufte seine 1915er Ernte an Rotweinen zu hohen Preisen.

Aus Wiesbaden

Christkindlein kommt

„Ist's wahr, daß das Christkindlein kommt und all die schönen Sachen am Christabend bringt?“ Vater, Mutter, was müßt ihr antworten, wenn das Kind mit dieser Frage zu dir kommt und Wahrheit dir die Laute? Wie ist die Verlegenheit sein um eine Antwort? Wird dir die Räte der Eltern ins Gedächtnis fallen müssen, weil dein Kind nun erfahren muß, daß du es jahrelang mit diesem „Christkindleinmischen“ getäuscht, ihm die Unwahrheit gesagt hast? Ja, wenn du von einem Christkind erzählt hast, das in weichen Kleidern bei Weihnachtszeit auf der Straße herumkriecht, das gar mit seinen Geheften durchs Fenster hereinkommt, dann magst du erörtern, wenn dein verträgliches Kind anfängt, an dieser Wahrheit zu zweifeln — denn noch immer wir unlen Kindern sagen, muß Wahrheit, nur lauter Wahrheit sein. Ist's aber ein Märchen, wenn ihr Eltern kleinen vom Christkind erzählt, das die guten Kinder am heiligen Abend mit Gaben beschenkt? Nein, christliche Eltern wissen, dies liegt in der großen Trosthaftigkeit des Weihnachtsfestes begründet, die doch Wahrheit, tiefe, heilige, besänftigende Wahrheit ist. Christkind ist vom Himmel gekommen, der Vater droben hat's und geschenkt aus Liebe! Das Christkind selbst hat zu uns kommen wollen, um uns wieder glücklich zu machen — weil es uns so unglücklich hat, ist's ein Kind geworden, ausgeht vom H. Geist, der Liebe selbst. Was heißt's, Christkind ist zu uns gekommen? — die Liebe ist zu uns gekommen und das Christkind hat sie in eure Herzen gebracht, die große, heilige Liebe vom Himmel, die geben, schenken, allen Freude machen will. Und diese Liebe, die auch's Christkind für eure Kinder geschenkt, die drängt euch, zu geben, Opfer zu bringen, zu sparen, euch selbst vieles zu versagen, nur um den Kindern eine Weihnachtsfeier zu machen zu können mit kleinen Gaben. Ja, Christkindlein — die Liebe — im Herzen einer Mutter vermag alles für's Kind! O, Mutter, wie lauch dein Kind in den Weihnachtsabenden, wenn du ihm erzählt vom wahren Christkind, das so viel Liebe ins Herz gebracht, mit der du ihm sein Weihnachtsfest bereiten darfst in Christkind's Namen. O, sag es euren Kindern so — laß ihnen das Christkindlein mit seiner ferneherwollen Wahrheit und erzählt ihnen nicht die kindlich schöne, einzig wahre Auffassung. Reimt sie nicht mit zu den Weihnachtsfeiern, wo dem Kind so viel Weihnachtsstimmung durch Weihnacht verloren geht, nämlich die ihm den Christkind helfen frohender Glauben es am H. Abend überraschen soll — denn Christkindlein's Wohltun ist fülle, verborgene Liebesarbeit, die nicht vorzeitig von Kinderzungen gestohlen sein soll. Laßt euren Kindern diese wunderbare, geheimnisvolle Partie der Vorfreude auf die liebe Weihnachtsnacht — sie bringt so viel Glückseligkeit ins Kinderherz, das nur eines sicher weiß: Christkindlein kommt! Ich muß nur sich und

brav sein — Christkindlein lebt in der Mutter und sieht mich! O, glücklich Mutterherz, das so viel Liebe birgt und schenken darf!

Postkartenverkehr nach dem Ausland

Für die Beförderung von Postkarten mit Abbildungen nach dem Ausland treten infolge des in der Bekanntmachung des Herrn Reichspostamts vom 1. Dezember 1915 erlassenen und im Reichsanzeiger Nr. 284 vom 2. Dezember 1915 veröffentlichten Aus- und Einfuhrverbotes auf Grund des § 5 der Postordnung vom 20. März 1900 folgende einschränkende Bestimmungen in Kraft. Verboden sind: Postkarten mit Abbildungen von Städten, Stadtteilen, geographisch genau bestimmbar Ortlichkeiten und Landschaften, besonders hervorragenden Bauwerken und Denkmälern Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei, Bulgariens, und der von den verbündeten deutschen, österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Heeren besetzten feindlichen Gebieten. Nicht unter das Verbot fallen: Postkarten mit Abbildungen der bezeichneten Art: a) nach Österreich-Ungarn, der Türkei, Bulgarien sowie den von deutschen oder von mit Deutschland verbündeten Truppen besetzten feindlichen Gebieten, wenn die Abbildungen die Ziele, die Bestimmungen des Landes oder Gebiets der Postkarte darstellen; b) im Feldpostverkehr an Truppen usw. oder Militärbehörden in feindlichen Gebieten.

Ein weibliches Dienstjahr

Im immer weitere Kreise bringt die Liebeszeugung, daß die Frau im Leben unserer Zeit vor Aufgaben gestellt wird, aus die Erziehung und Unterricht in der Jugend sie nicht genügend vorbereitet haben. Um den Anforderungen, die das Leben an die Mutter und Frau heute stellt, entsprechen zu können, ist eine vertiefte, erweiterte Ausbildung nötig. Man hat sich schon daran gewöhnt, unter diesem Gesichtspunkte von einem weiblichen Dienstjahr zu sprechen, d. h. eine Zeit, in der das Hauptgewicht auf die Erarbeitung solcher Kenntnisse gelegt wird, die der Frau gestatten, sich als Glied, und zwar als tätiges wirkendes Glied dieser Volksgemeinschaft zu fühlen. Wie ein solches Jahr eingerichtet werden müßte, mit welchen Fächern die Mädchen näher befaßt werden sollen, das sind Fragen, die gründlicher, reiflicher Überlegung bedürfen. Wie wir hören, hat sich der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen entschlossen, vom 30. Dezember 1915 bis 5. Januar 1916 in Köln einen Lehrgang zu veranstalten, durch den in Vorträgen und eingehenden Besprechungen eine Lösung der Problems versucht werden soll. Nicht nur Lehrerinnen, sondern auch Vertreterinnen von Anstalten und Fortbildungsinstitutionen, die jetzt schon die hausmütterliche und soziale Ausbildung der Mädchen zum Ziele haben, sind herzlich eingeladen, sich an der Veranstaltung zu beteiligen. — Wegen der näheren Einzelheiten wolle man sich an die Hauptgeschäftsstelle des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, Kaden, Heinrichs-Allee 9, wenden.

Vom „Eisernen Siegfried“

Es wird uns gemeldet: Dankenswerter Weise wurden seit dem 1. Dezember Stiftungsgelder zu 300 Mark für die Kriegswitwen- und Waisenfürsorge gesendet: Von Herrn Heinrich Montandon, dem Apotheker-Verein von Wiesbaden und Umgebung, Frau Corda Diegen, dem Kurverein Wiesbaden. Silberne Stiftungsgelder zu 100 Mark spendeten: Frau Justizrat H. Rager aus Berlin-Charlottenburg, der Bezirksverein Nord-Ost, Herr Heinrich Matthiesing, der Wiesbadener Lehrer-Gesang-Verein, die Sottler-Annung Wiesbaden, Mrs. Julius Elief (H. S. A.) zurzeit Hotel Wilhelm. Für weitere Regelung der Schulfürsorge wurden von Frau Anna Diegen 1000 Mark, von Ungenannt aus Berlin 300 Mark, von Frau Alfred Fisch 100 Mark und durch Herrn Stadtschulrat 316 Mark eingezahlt. Goldene Nägel wurden eingegossen von: Hrl. Helene Oberstischen, Leutnant d. R. Albin, Herrn Geheimrat Bölder, Familie Seipp aus Chicago, Frau Dr. Gohl, Herrn Heinrich Erkel aus Hahn i. T., Herrn J. August, Herrn Sander aus Berlin, a. H. Palast-Hotel, hier, Trachtenabgabe zu 20 Mark wurden gestiftet von: Freifrau von Oberländer, Herrn Albrecht Woes, Siegel-Verlags-Gesellschaft, Section XII einen Drachenzahn u. außerdem einen silbernen Nagel, Kassian Loge, Wiesbaden, die Jugendheilstube 209, Abteilung Bidel und durch Herrn Dr. Georg Gaspary und Frau je einen Drachenzahn. Der Verein der Rangiermeister und Führer und deren Auswärtiger von Wiesbaden und Umgebung stiftete 5 silberne Nägel, Herr August Engel ließ 15 silberne Nägel einschlagen: Der Schüler Edgar Londershausen stiftete 12,50 Mark für 2 silberne und 5 eiserne, die Bauhilfsklasse der Gewerbeschule stiftete 19 eiserne, die Fachklasse der Tagesrührer und Schulführer, Mittelschule 20, ebenso die Oberstufe 20 eiserne, Stalkmäden Freundschaft 6 silberne Nägel, Angelernte U. 4 30 eiserne Nägel Angelernte U. 1 Klasse aus der Gewerbeschule 30 silberne Nägel, die Buchgewerbe-Mittelschule 10 eiserne Nägel, 10 Mark wurden gesendet von den Schülern: Erich Starck, Ernst Lehmann und Hans Moser. Der Freizeiter-Verein spendete 50 Mark, desgleichen Hrl. Hans. Die Kronbrauerei fandte für den Eisernen Siegfried 100 Mark. Außer der vorgenannten größeren Stiftung von 1000 Mark von Frau Anna Diegen können wir erfreulicherweise noch hervorheben, daß Herr Karl Dietrich als 2. Gabe der Kriegswitwen- und Waisenfürsorge 2000 Mark überwiesen hat. — Möge die bisherige Gefühlsregung für die Kriegswitwen- und Waisenfürsorge sich am Eisernen Siegfried, dem Wahrzeichen der Dankbarkeit gegen unsere gefallenen Helden, noch weiter fund geben. Der Eisernen Siegfried wird geschlossen am 22. 23. und 24. Dez., danagen wird die Regelung wieder an den Festtagen fortgesetzt.

Der Verband der deutschen Post- und Telegraphenbeamten hat zum 15. bis 17. Januar eine Kriegstagung nach Hannover einberufen. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe von Fragen, die durch den Krieg für die Beamten in den Vordergrund gedrängt sind.

Geschworenen-Auslosung

Die erste Tagung des Schwurgerichts im neuen Jahre nimmt am Montag, dem 10. Januar, ihren Anfang. Gestern ging die Auslosung der Geschworenen, welche während derselben ihren Namen zu wahlen haben, mit folgendem Resultat vor sich. Ausgelost wurden folgende Namen: Landmann Adolf Ruch, Ruchhof bei Dehen; Landmann Friedrich Törbaum, Orlan; Landmann Fritz Peter, Wingen; Kaufmann Aug. Bachmann, Wiesbaden; Landmann Anton Stahl, Oberkassel; Bürgermeister Philipp Karl Michel, Aul; Kaufmann Philipp Willinger, St. Goerhausen; Händler Adolf Arenthal, Rastatten; Winger Johann Andreas Steinmetz, Oestrich; Rentier Karl Gerbe, Wiesbaden; Kaufmann Karl Frim, Sonnenberg; Kaufmann Franz Benz, Gonsberg; Buchhalter Otto Philipp, Wiesbaden; Kaufmann Franz Wottrich, Wiesbaden; Landwirt Heinrich Konrad Horn, Wollau; Landwirt Heinrich Alberti, Hemmthal; Weinhandlung Karl Stittman, Wiesbaden; Kaufmann Josef Heymann, Wiesbaden; Wäler Rudolf Haag, Braubach; Landwirt und Gutsbesitzer Friedrich Ruch, Eibolten; Gutsbesitzer Karl Weil, Wiesbaden; Landmann Karl Felix, Grödel; Professor Ernst Ding, Wiesbaden; Direktor Heinrich Baumelbaum, Braubach; Privatier Theodor Balthar, Rüdesheim i. T.; Gutsbesitzer Ludwig Bogel, Hof Dents bei Ellwille; Kaufmann Joann Hammet, Hesseim; Landwirt Friedrich Heesoth, Ruch; Kaufmann Friedrich Schmitt, Wiesbaden; Fabrikant Wilhelm Reil, Unterliederbach.

Kath. Lehrerverein, Wiesbaden

Die Jahresversammlung des kath. Zweigvereins wurde am 18. Dezember 1915 im Vereinslokal abgehalten. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Fürsorge des Vereins für die im Felde stehenden Kollegen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß bis jetzt 20 Mitglieder unseres Zweigvereins mit je 2 Aufschüssen in der Kriegsvericherung der Rikhs. Landesbank versichert sind. Tausend der gnädigen Fürsorge Gottes hat der Zweigverein nur den Verlust eines Mitglieds zu beklagen in der Person des unvergessenen Kollegen A. Kilburg. Das Andenken des gefallenen Helden wurde durch Erheben von den Sigen geehrt. Möge Gott ihm die Siegeskrone des ewigen Lebens verleihen! Neben Einkauf in die Kriegsvericherung erhalten die im Felde stehenden Mitglieder Wiesbadener in regelmäßiger Folge. Daß diese Gefühlsregung viel Anerkennung gefunden hat, beweisen die zahlreichen, oft warmherzigen Dankschreiben vom Kriegshauptquartier. Es wurde beschlossen, diese Liebesfähigkeit fortzusetzen und den Mädchen nicht nur Genußmittel, sondern auch entsprechende Befestigung, Kerzen und dergleichen Kleinigkeiten beizufügen. Da die Beschaffung der Feldbedürfnisse oft sehr schwierig, manchmal sogar unmöglich war, erging ein warmer Appell an die Mitglieder, sobald als möglich die bekannten Adressen an den Vorstand gelangen zu lassen. Es kann dann auch durch den Verein Sorge getragen werden, daß die „Schulzeitung“ regelmäßig ins Feld geschickt wird. Zum Schluß wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

